

Liebe Genossinnen liebe Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,



eine kurze Plenarwoche vom 12. bis zum 13. Mai erwartet das niedersächsische Landesparlament in diesem Monat. Am Dienstag morgen stand bereits die Schulpolitik im Mittelpunkt der Debatten. Entsprechende Anfragen von FDP und CDU setzen bei diesem Thema wie bekannt mehr auf „Skandalisierung“ als auf sachliche Kritik. Weiter wurden abschließend die Ergebnisse des Unter-

suchungsausschusses zum Thema „Paschedag“ beraten. Weitere Tagesordnungspunkte können wie gewohnt unter [www.landtag-niedersachsen.de/](http://www.landtag-niedersachsen.de/) videouebertragungen/ live verfolgt werden.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Woche.

Ihr und Euer

## Auf der Tagesordnung:

u.a

**MINT-Fächer an den niedersächsischen Hochschulen stärken**

**Umfassendere Kennzeichnung tierischer Produkte**

**Konsequenzen aus den Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer ziehen**

**Gerechtigkeit für die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in Deutschland**

## Entschließungsantrag: Atomausstieg umsetzen

SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem gemeinsamen Entschließungsantrag die Atomkraftwerke in Niedersachsen zügig zurückzubauen. Für ein entsprechendes Gelingen beantragen die Regierungsparteien unter anderem die Aufstellung einer Gesamtinventarliste aller Atomabfälle in Niedersachsen. Darüber hinaus muss ein Konzept entwickelt werden um die Bevölkerung bei der Stilllegung der niedersächsischen Atomanlagen umfassend zu informieren und einzubeziehen. Des Weiteren muss sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Änderung des Atomrechts einsetzen. Bislang entscheiden beispielsweise allein die Betreiber, ob ein Altmeiler nach der Stilllegung im sicheren Einschluss verwahrt oder direkt zurückgebaut wird. In Niedersachsen soll im Jahr 2022 der letzte Reaktor im Atomkraftwerk Lingen vom Netz gehen. Drei von vier Atomkraftwerke in Niedersachsen sind bereits abgeschaltet. Das AKW Stade befindet sich seit 2005 im Rückbau. Komplikationen beim Rückbau verzögern diesen allerdings um mehrere Jahre. Der Rückbau des AKW Unterweser wird derzeit vorbereitet. Der Betreiber will die Stilllegungsgenehmigung aber erst in Anspruch nehmen,

wenn das Bundesverfassungsgericht über eine Verfassungsbeschwerde gegen den Atomausstieg entschieden hat. Das AKW Lingen befindet sich seit über 25 Jahren im sogenannten Einschluss. Ein Rückbauantrag wurde gestellt, jedoch wurde mit dem Rückbau noch nicht begonnen. Auch im Bezug auf eine frühzeitige und umfassende Information und Beteiligung der Öffentlichkeit müssen neue Konzepte durch die Landesregierung erarbeitet werden. Eine transparente Rückbauplanung setzt für SPD und Grüne die Aufstellung des radiologischen Inventars der Anlagen voraus. Des Weiteren sind zuverlässige Kostenkalkulationen sowie die Offenlegung der entsorgten Abfälle von zentraler Bedeutung für beide Parteien. Um die Belastung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, müssen die Freigabewerte der Abfälle durch die Strahlenschutzbehörde überprüft werden. Die Betreiber der niedersächsischen Anlagen dürfen sich nicht der Verantwortung für die verursachten Altlasten entziehen können. Wichtig ist für SPD und Grüne, dass der Rückbau in Niedersachsen schnell vorangebracht wird.

## SPD und Bündis 90 / Die Grünen: Fahrradland Niedersachsen stärken

Bis 2016 wird das Land Niedersachsen die Kommunen mit insgesamt 32 Millionen Euro unterstützen neue Radwege zu bauen und die Verkehrssicherheit für Radfahrer weiter zu verbessern. Neben diesen bereits beschlossenen Maßnahmen fordern SPD und Grüne in einem Entschließungsantrag das Radwege-

konzept des Landes noch in diesem Jahr fortzuschreiben. Unter anderem soll so die Prioritätenliste für den Neubau und die Sanierung unter der Beteiligung von Kommunen und Landkreisen erneuert werden und besonders die Radwegesicherung an Schulen und Kitas weiter verbessert werden. Das bisherige

Radwegekonzept wurde zuletzt von der alten Landesregierung im Jahr 2012 überarbeitet. Um das Konzept neuen Herausforderungen wie beispielsweise die Entwicklung von Schnellradwegen und Schulwegesicherung anzupassen soll das Konzept nun angepasst werden.